

**XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 13. Beiratssitzung am 20.08.2024**  
**Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn 19:00 Uhr**  
**Ende: 21:45 Uhr**

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Werner Müller, Bianca Lönnecker, Lizza Besecke, Niels Heide

CDU: Martin Hornhues, Helga Lürßen, Isolde Eylers, Tobias Scholz, Kerstin Curtius

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

Parteilos: Oliver Meier, Rainer Tegtmeier

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll: Sabine Tietjen

Gäste:

Claudia Neumann (Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung)

Michael Evers (Schulleiter Paul-Goldschmidt-Schule)

Renè Kotte (Bauamt Bremen-Nord, Stadtplanung)

Christoph Theiling (Planungsbüro)

Manfred Meyer (Stiftung Friedehorst)

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 09.08.2024 fristgerecht verschickt.

Es liegt ein Änderungswunsch zur Tagesordnung vor. Frau Wolter möchte in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung das Thema „Verwaltungsrechtssache Oliver Meier gegen Beirat Burglesum“ beraten.

Das Thema soll als TOP 10 in einem nichtöffentlichen Teil im Anschluss an die öffentliche Sitzung aufgenommen werden.

***Beschluss zur Tagesordnung: (einstimmig)***

*Die geänderte Tagesordnung wird beschlossen.*

## **TOP 1           Genehmigung der Protokolle vom 14.05.2024 und 18.06.2024**

Die Protokolle wurden vorab an die Beiratsmitglieder verschickt. Änderungswünsche sind bisher nicht eingegangen. Die Abstimmung erfolgt einzeln.

### **Beschlüsse:**

*Die Protokolle vom 14.05.2024 und 18.06.2024 werden jeweils einstimmig genehmigt.*

## **TOP 2:           Bürger\*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

Frau Daffeh: „Die Freiluftparty am letzten Samstag war wieder sehr laut. Es fing nachmittags an und auch schon gegen morgen. Die Bässe waren in Endlosschleife zu hören.“

Herr Hofmann teilt mit, dass es ab 03:00 Uhr noch einmal lauter wurde. Er fühle sich genötigt.

Frau Böhrnsen berichtet über die Partys am 20. Juli und am letzten Wochenende. Am 20. Juli fing es gegen 16:00 Uhr an. Vor Ort wäre es sehr laut gewesen. Die Polizei wäre vor Ort gewesen. Der Lärm habe nach ihrer Wahrnehmung Eindruck auf die Badenden gemacht. Die Party am letzten Sonnabend ging bis Sonntag, gegen 10:00 Uhr.

Herr Hofmann möchte gerne vorher wissen, wann eine Party ansteht, damit er sich darauf einstellen kann. Weil er dann z.B. keine Gäste zum Grillen einladen könne, da eine Unterhaltung im Garten nicht möglich sei.

## **TOP 3:           Sachstand zur geplanten Neugründung der Grundschule Lesum (Interim auf dem Schulgelände Vor dem Heisterbusch)**

**Herr Boehlke** begrüßt Frau Neumann, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung) und Herrn Evers, Schulleiter Paul-Goldschmidt-Schule.

Er berichtet kurz über den aktuellen Stand: „Nach unseren letzten Informationen ist beabsichtigt, mit Beginn des kommenden Schuljahres eine neue Grundschule in Lesum zu gründen und diese aufwachsen zu lassen.

Geplant ist dieses zunächst in Mobilbauten auf dem Schulgelände Vor dem Heisterbusch. Dieses soll auch in Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule erfolgen.

Perspektivisch soll dann ein Neubau auf dem Schulgrundstück am Steinkamp entstehen.“

**Frau Neumann** teilt mit, dass Sie heute primär nur den aktuellen Sachstand zu den neuen Schuleinzugsgrenzen mitteilen könne. Zum Neubau der Grundschule könne Sie im Moment noch wenig sagen.

**Herr Boehlke** erläutert, dass eine Vertretung von Immobilien zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Von Seiten des Bildungsressorts wurde mitgeteilt, dass man dazu nichts sagen könne. Der Beirat habe heute detaillierte Informationen erwartet.

**Frau Neumann** stellt zunächst die neuen Schuleinzugsgrenzen mittels Präsentation (s. Anlage 1) vor.

**Herr Heide** erscheint um 19:25 Uhr zur Sitzung.

**Frau Besecke** erscheint um 19:28 Uhr zur Sitzung.

**Frau Wolter** fragt, ob der Termin für die neue Schule überhaupt gehalten werden könne. Leider wisse der Beirat heute immer noch nicht, wie der genaue Zeitplan sein wird. Bis zum Sommer 2025 könne es zeitlich sehr knapp werden.

**Herr Hornhues** stellt erst einmal fest, dass es vom Bildungsressort eine bodenlose Frechheit sei, so zu agieren. Wissend um dass, was der Beirat seit Jahren wolle. Er erinnert an das ehemalige Beiratsmitglied Pius Heereman, der sagte, 2025 möchte der Beirat hören, dass alles gut läuft. Nun werde heute nicht einmal genannt, wann der erste Spatenstich sein wird. Das sei ein Affront sondergleichen. Er möchte in der nächsten Beiratssitzung einen Bericht auf die Tagesordnung, wann es losgeht, ob die Finanzierung steht.

**Frau Schnaubelt** fragt, wie weit die Entfernung von der Schule in dem neuen Gebiet „Unter den Linden“ sei, sie schätzt, grob über 2 km. Die Kinder können nicht mit dem Bus fahren, Es haben nicht alle Eltern ein Auto. In den Zahlen seien auch keine Karenzkinder berücksichtigt, die Erfahrungen zeigen aber, dass noch einige Kinder hinzukommen können. Wo sollen die hin? Sie möchte wissen, wie die Erfahrungswerte sind, wie viele Karenzkinder kommen werden. Diese seien ja noch nicht berücksichtigt. Was ist die Alternativplanung, wenn die Schulen nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen?

Die Anschaffung von Mobilcontainern nehme mindestens ein Jahr in Anspruch, ebenso habe die Beschaffung der Einrichtung für die Schule eine Vorlaufzeit. Wenn die Bildungsbehörde jetzt noch nicht wisse, was kommt, wie soll das gehen? Da müssten doch schon Gespräche mit Immobilien Bremen laufen, ansonsten sehe sie schwarz. Auch Lehrkräfte fallen nicht vom Himmel.

**Frau Neumann:** Zur Schulweglänge teilt sie mit, dass 2,5 km Entfernung die Grenze des zumutbaren sei, diese werde eingehalten.

Sie erläutert, dass das Bildungsressort guter Hoffnung sei, dass alles plangemäß klappt. Ein Interim könne sehr schnell aufgebaut werden, das habe sich schon beim Aufbau der Grundschule im Dillener Quartier gezeigt.

Die Container seien bereits bestellt. Auch die Planung für den Bau sei fertig. Es stehe nur noch der Beschluss der Deputation aus. Die Schule werde kommen, auch mit der Kooperation zur Paul-Goldschmidt-Schule. Der Grundschulbereich soll Teil der neuen Lesumer Grundschule werden.

**Herr Evers** ergänzt, dass zurzeit Referendare ausgebildet werden. Er habe auch schon Anfragen von interessierten Kolleg\*innen erhalten, die an der neuen Grundschule arbeiten möchten.

**Frau Neumann** informiert zu den Karenzkindern, dass die Erfahrungen gezeigt haben, dass man bisher immer mit den Planungen hingekommen sei, wenn auch mit wenig Luft. Überraschen würden eher die Zuzüge aus den anderen Bundesländern und anderen Ländern.

**Herr Boehlke** verliest einen Beschlussvorschlag.

**Frau Schaubelt** möchte die Zügigkeit der neuen Schule mit erwähnt haben.

**Herr Hornhues** möchte, dass die Formulierung „mit größtem Unmut“ aufgenommen wird.

**Herr Meier** ist überrascht, dass das Publikum nicht einbezogen wird.

**Herr Boehlke** kann die Anmerkung von Herrn Meier nicht nachvollziehen. Er habe vor der Antragsberatung Beirat und Publikum gefragt, ob es weitere Wortmeldungen gebe. Das war nicht der Fall.

**Herr Meier** wendet ein, dass das Publikum doch gezielt nach Wortmeldungen gefragt werden müsse.

**Herr Boehlke** antwortet, dass es seit Jahren gelebte Praxis ist, Wortmeldungen mit Einverständnis des Beirates zuzulassen und sich Bürger\*innen bei Bedarf bislang immer aktiv gemeldet haben. Wenn er ins Publikum schaut und es gibt keine Meldungen, gehe er davon aus, dass es keine Anmerkungen oder Fragen mehr gibt.

Wenn es, wie jetzt, eine Meldung gibt, könne er darauf reagieren und den Beirat fragen, ob die Antragsberatung unterbrochen werden soll.

**Frau Schaubelt** beantragt, die Antragsberatung zu unterbrechen und wieder in die Diskussion einzusteigen.

**Der Beirat** ist einverstanden.

**Aus dem Publikum** werden Bedenken geäußert über die Länge der Schulwege. Man müsse bedenken, dass Kinder nicht so schnell laufen können.

Die Schulsekretärin der Schule Am Mönchshof teilt mit, sie sehe die Situation kritisch im Hinblick auf Zuzüge von Kindern, Karenzkindern und Geschwisterkindern. Auch die Finanzierung höre sich nicht so an, als wäre sie solide.

**Frau Neumann** antwortet, sie könne die Sorge verstehen, die Finanzierung sei noch durch die Deputation gegangen, die würde entscheiden. Daher könne sie noch keine Auskunft geben, ob alles genehmigt werde.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht mit größtem Unmut zur Kenntnis und erwartet von der Senatorin für Kinder und Bildung eine verbindliche Aussage, zu welchem Schuljahr die neue Grundschule Lesum in einer 3 plus 3-Zügigkeit (Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule) eröffnet werden soll.*

*Der Beirat erwartet von der Senatorin für Kinder und Bildung und von Immobilien Bremen zeitnah*

- einen verbindlichen Zeitplan und weitere Details zum geplanten Interimsstandort, wissentlich, dass die solche Projekte bis zur Realisierung bis zu 12 Monate dauern können.*
- eine schriftliche Aussage darüber, dass die Realisierung des Projekts zum Schuljahr 2025/2026 finanziell abgesichert ist.*
- eine Alternativlösung für den Fall der Verzögerung des Projektes.*
- eine zügige Befassung des Projekts in der Deputation.*

## **TOP 4: Teilaufhebung des Bebauungsplans 334 „Friedehorst“ (Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange)**

**Herr Boehlke** begrüßt hierzu René Kotte vom Bauamt Bremen-Nord.

**Herr Boehlke** berichtet, dass die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 06.06.2024 beschlossen habe, einen Teil des Bebauungsplans 334 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Louis-Seegelken-Straße, westlich der Rotdornallee und nördlich der Freesenkamp-Siedlung und des Lesum-Park im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch aufzuheben (Teilaufhebung Friedehorst).

Mit der Teilaufhebung des Bebauungsplans 334 solle insbesondere die Sondergebietsfestsetzung „Krankenanstalt“ entfallen, da sie der tatsächlichen und beabsichtigten Nutzung des Grundstücks widerspreche.

Der Beirat sei als Träger öffentlicher Belange in diesem Verfahren beteiligt und könne eine Stellungnahme hierzu abgeben.

**Herr Kotte** schildert die Planung:

### **Planungsziele:**

- Teilaufhebung des Plans vom 26.01.1966 zur Ermöglichung des sozial-ökologischen Inklusionsquartiers

### **Verfahrensstand:**

- Frühzeitige Info der Öffentlichkeit am 04.04.2024
- Einleitungsbeschluss 06.06.2024

### **Aktuell:**

- Internet-Veröffentlichung bis zum 30.08.2024 und Behördenbeteiligung
- Teilaufhebung nur für den Bereich des Friedehorst-Areals
- Festsetzungen des BP 334 gelten nach Rechtskraft nicht mehr
- Beurteilung des Gebietes nach § 34 BauGB
- Planungsrechtliche Flexibilität für die Umsetzung des geplanten Eldon-Burke-Quartiers

**Herr Kotte** antwortet auf Nachfragen von **Frau Wolter, Frau Schnaubelt und Herrn Hornhues:**

Die überwiegenden Flächen werden heute schon nach § 34 Baugesetzbuch beurteilt. Da laufe auch nichts schief. Mit der Stiftung Friedehorst stimme man nach dem Wettbewerbsergebnis überein. Man werde positiv in eine Bauleitplanung einsteigen, soweit es erforderlich sei. Grundstücke, wo kein Entwicklungspotential vorhanden sei, werde man nicht neu festsetzen.

Aus dem Publikum wird Kritik an der Darstellung der Pläne geäußert.

**Beschluss:** (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

*Der Beirat nimmt die Teilaufhebung zur Kenntnis und stimmt ihr zu.*

## **TOP 5: Vorstellung des Ergebnisses zum städtebaulichen Wettbewerb für das Eldon-Burke-Quartier der Stiftung Friedehorst**

**Herr Boehlke** begrüßt René Kotte (Bauamt Bremen-Nord), Christoph Theiling (Planungsbüro) und Manfred Meyer (Stiftung Friedehorst).

**Herr Boehlke:** „Im November letzten Jahres hatten wir im Beirat letztmalig einen Sachstand zur geplanten Neugestaltung des Friedehorst-Geländes.

Anfang des Jahres startete dann der städtebauliche Wettbewerb hierfür und am 31.05.2024 fand die finale Jury-Sitzung statt.

Heute wollen wir uns den Siegerentwurf präsentieren lassen und auch einen Blick in die Zukunft werfen, wie es denn weitergehen soll.“

**Herr Meyer** berichtet über die Jury-Sitzung.

**Herr Theiling** stellt mittels Präsentation die Ergebnisse vor (s. Anlage 2).

**Frau Schnaubelt** findet den Entwurf toll. Ihre Sorge sei, dass mit bestimmten Baufeldern angefangen werde und einige nicht realisiert werden können, weil sie sich wirtschaftlich nicht tragen.

Das Ganze sei ja nicht festgeschrieben. Sie befürchtet, dass die tolle grüne Mitte erst am Ende entstehen werde.

Sie sehe die Gefahr, dass viel Grün verschwindet und der geplante grüne Kern am Ende nicht so aussieht, wie geplant

**Herr Hornhues** fragt nach der Verkehrsführung, und nach den geplanten zwei Quartiersgaragen. Es sollen 600 Stellplätze entstehen. Ob das ausreichend sei, müsse man im Verhältnis sehen. Wenn 500 Wohneinheiten entstehen würden, würde es nicht mehr aufgehen.

**Frau Wolter** freut sich sehr über die Planungen für ein tolles Quartier. Sie glaubt, dass viele Dinge davon abhängen, dass sie auch funktionieren, wie der Anschluss des Gebietes an das BSAG-Netz.

**Herr Meyer** teilt mit, dass die Stiftung Friedehorst nicht selbst als Investor tätig werde. Man sei in Gesprächen mit der Gewoba. Die grüne Mitte sei ganz klar definiert, vor allen Dingen im Innenbereich solle das meiste auf Baurechtsbasis zur Verfügung gestellt werden.

Die Straßen werden von der Stiftung Friedehorst hergestellt werden und dann an die Stadt übergeben.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und wünscht sich eine weitere konstruktive Beteiligung im Verfahren.*

## **TOP 6: Anträge der Fraktionen und Beiratsmitglieder**

Es liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor:

## „Organisation einer öffentlichen Katastrophenschutz-Veranstaltung“

**Herr Heide** verliest und begründet den Antrag:

Der Bundeswarntag findet jedes Jahr am dritten Donnerstag im September statt, um die Infrastruktur zur Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen zu testen. Dazu zählen Warn-Apps, Sirenen und Cell Broadcasts.

Obwohl das Thema „Katastrophenschutz“ aufgrund extremer Wetterereignisse immer häufiger in der Presse diskutiert wird, ist das Thema „Persönliche Vorsorge für den Notfall“ kaum präsent.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stellt Informationen zum Selbstschutz in verschiedenen Sprachen zur Verfügung, um sicherzustellen, dass diese Informationen breit zugänglich sind. Im Zusammenhang mit dem Bundeswarntag könnten solche Informationen weitergegeben und über die potenzielle Belastung durch Sirenen, besonders für Menschen mit traumatischen Erfahrungen aufgeklärt werden.

Zusätzlich könnten verschiedene Einheiten des Katastrophenschutzes sich der Bevölkerung vorstellen, die Bedeutung der Arbeit dieser Einheiten näherbringen und um potenzielle neue Ehrenamtliche werben.

**Frau Schnaubelt** teilt mit, dass die Grünen den Antrag, so wie er formuliert ist, ablehnen. Es stelle sich die Frage nach der Finanzierung etc. Sie findet, es sollte erst einmal eine Arbeitsgruppe installiert werden um zu schauen, ob so etwas überhaupt Sinn macht.

**Herr Boehlke** steht dem Thema im Grundsatz sehr offen gegenüber. Er stellt es sich so vor, dass das Ortsamt gemeinsam mit der Beiratssprecherin alle örtlichen Hilfsorganisationen anschreibt und die Vertreter zu einem Gespräch einzuladen.

**Herr Hornhues** schlägt vor, den Satz abzuändern, weil er unglücklich formuliert sei. Statt „übernehmen“ sollte das Wort „prüfen“ eingefügt werden.

**Herr Meier** kann die Einwände nachvollziehen, es sei denn, dass Ortsamt möchte die Organisation übernehmen.

**Herr Jurgan** findet den Antrag inhaltlich sehr gut. Er schlägt vor, zu überlegen, wen man erreichen möchte und welche Themen aufgegriffen werden sollen. Er unterstützt den Antrag und bietet seine Hilfe an.

**Frau Wolter und Herr Heide** sehen kein Problem darin, die Formulierung auf „prüfen“ zu ändern.

### **Beschluss:** (einstimmig)

*Das Ortsamt wird gebeten, die Organisation einer öffentlichen Veranstaltung am Samstag vor oder nach dem Bundeswarntag zu prüfen und mit den relevanten Organisationen in Austausch zu treten. Diese Veranstaltung steht unter dem Vorbehalt, dass die betreffenden Organisationen bereit sind, daran teilzunehmen. Sie soll in den Jahren 2025 und 2026 auf einem prominenten Platz im Stadtteil (Helsingborger Platz, Lesumer Marktplatz o.ä.) stattfinden und anschließend evaluiert werden, ob eine dauerhafte Einführung sinnvoll ist. Dabei zielt eine solche Veranstaltung auf folgende Punkte ab:*

- Verteilung von Informationen zum Selbstschutz

- *Schaffung einer erhöhten Aufmerksamkeit für den Katastrophenschutz*
- *Werbung für das Ehrenamt bei Organisationen, die dem Katastrophenschutz dienlich sind.*

**TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

- Seit dem 15.08.2024: Frau Melanie Schäfers-Severin als neue Stadtteilassistentin im Ortsamt
- 29.08.2024 (15:30 – 17:00 Uhr):
- Eröffnungsfeier auf dem Kinderspielplatz Am Vogelbusch
- 05.09.2024 (11:00 – 19:00 Uhr):
- Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Goldbergplatzes
- 12.09.2024: Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus
- 19.09.2024: Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit

**TOP 8: Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Keine Mitteilungen

**TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

**Herr Heide** berichtet, dass hinter der Aral-Tankstelle an der Bremerhavener Heerstraße ein nicht angemeldeter PKW auf dem Parkplatz steht.

**Herr Boehlke** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um Uhr 21:45 Uhr.

**gez. Boehlke**  
Vorsitzender

**gez. Wolter**  
Sprecherin des Beirates

**gez. Tietjen**  
Protokoll